

Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates des Kantons Basel-Landschaft

Nr. 1448

vom 28. Juli 1998

Gemeinde Pfeffingen, Waldbaulinienplan „Eichberg“

A. Die Einwohnergemeindeversammlung Pfeffingen hat am 3. Dezember 1997 den Waldbaulinienplan „Eichberg“ beschlossen. Es handelt sich dabei um die Festlegung eines reduzierten Waldabstandes.

B. Einsprachen sind keine eingereicht worden.

C. Mit Schreiben vom 3. Februar 1998 unterbreitet der Gemeinderat Pfeffingen den Waldbaulinienplan „Eichberg“ zur regierungsrätlichen Genehmigung. Vor der Einleitung des Genehmigungsverfahrens musste die Rechtskraft der Waldgrenzenkarte abgewartet werden.

Für weitere Einzelheiten wird auf die Akten verwiesen.

- : // : 1. Gestützt auf § 3 Absatz 2 des kantonalen Baugesetzes vom 15. Juni 1967 wird der Beschluss der Einwohnergemeindeversammlung Pfeffingen vom 3. Dezember 1997 betreffend den Waldbaulinienplan „Eichberg“ genehmigt und damit all-gemeinverbindlich erklärt.
2. Massgebend sind die mit der Inventarnummer 51/BSP/39/0 (Waldbaulinienplan „Eichberg“) versehenen Exemplare der Pläne.
3. Die Ziffer 1 dieses Beschlusses ist gestützt auf § 23 des Geschäftsreglementes für den Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft im Amtsblatt zu veröffentlichen.

Verteiler:

- Gemeinderat Pfeffingen, 4148 Pfeffingen
- Ingenieurbüro Häring AG, Steinackerstrasse 10, 4147 Aesch
- Landeskanzlei (Publikation)
- Amt für Liegenschaftsverkehr
- Bauinspektorat
- Tiefbauamt
- Vermessungs- und Meliorationsamt
- Amt für Orts- und Regionalplanung (6)
(2 Archiv, ZD, OP)
- Bau- und Umweltschutzdirektion (2)

Rechtsmittelbelehrungen:

1. Gegen diesen Entscheid kann innert 10 Tagen, vom Empfang dieses Entscheides an gerechnet, beim Verfassungs- und Verwaltungsgericht, Poststrasse 3, 4410 Liestal, schriftlich Beschwerde erhoben werden. Die Beschwerde, die in vierfacher Ausfertigung einzureichen ist, muss ein klar umschriebenes Begehren und die Unterschrift der beschwerdeführenden oder der sie vertretenden Personen enthalten. Die angefochtene Verfügung oder der angefochtene Entscheid ist der Beschwerde in Kopie beizulegen. Das Verfahren vor Verfassungs- und Verwaltungsgericht ist kostenpflichtig.
2. Gegen diesen kommunalen Erlass oder Plan kann zur Überprüfung der Verfassungsmässigkeit innert 10 Tagen, vom Empfang dieses Entscheides an gerechnet, beim Verfassungsgericht, Poststrasse 3, 4410 Liestal, schriftlich Beschwerde erhoben werden. Die Beschwerde, die in vier Ausfertigungen einzureichen ist, muss ein klar umschriebenes Begehren und die Unterschrift der beschwerdeführenden oder der sie vertretenden Personen enthalten. Der angefochtene Entscheid ist der Beschwerde in Kopie beizulegen.
Beschwerdeberechtigt sind nur Personen, die sich bereits am Einsprache- oder Beschwerdeverfahren vor dem Regierungsrat beteiligt haben.

Der Landschreiber:

A handwritten signature in dark ink, appearing to read 'Kunz' or similar, written in a cursive style.